ziger Volkszeitung" zur Rechtfertigung ihres Standpunktes gegenüber dem Parteivorstand ausführt:

„Selbst auf die Gefahr hin, daß dennoch Jarres **gewählt** worden wäre, hätte eine sozialdemokratische **Sammelkandidatur** für den zweiten Wahlgang der **Präsidentenwahl der proletarischen Bewegung einen neuen außerordentlichen Elan verliehen.** Die Konsolidation in der Arbeiterbewegung hätte weitere Fortschritte gemacht, und damit hätte die Position des Proletariats im Kampfe gegen die Sturmangriffe des Großkapitals, die auf dem Gebiete der Steuer- und Handelspolitik erfolgen werden, eine außerordentliche Stärkung erfahren. Dazu hätte eine fühlbare Kräftigung der proletarischen Front beigetragen: nicht in der künstlich genährten Aufziehung, als wenn Dr. Marx irgendwie imstande wäre, oder auch nur den Willen hätte, den ehernen Gang der wirtschaftlichen Entwicklung irgendwie abzubiegen. Nichts hat der sozialistischen Bewegung im Verlaufe der letzten Jahre so großen Schaden bereitet, als diese Politik der Illusionen, und erst als, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, die Sozialdemokratische Partei dazu übergehen mußte, eine klare Politik gegen das großkapitalistische Bürgertum einzuschlagen, kehrte das Vertrauen der Massen zurück, und was das bedeuten will, haben die Wahlen vom 7. Dezember und 29. März nur allzu deutlich bewiesen."

Diese Darlegungen zertrümmern den Hauptpfeiler der sozialdemokratischen Agitation gegen die kommunistische Reichspräsidentenkandidatur. Hier wird von sozialdemokratischer Seite eingeräumt, daß die außerparlamentarische Sammlung und Einigung der proletarischen Kräfte im Kampfe gegen die Bourgeoisie von entscheidender Bedeutung ist und nicht die Koalition mit dem „republikanischen Block". Die Ausführungen der „Leipziger Volkszeitung" liefern aber auch den schlagendsten Beweis dafür, daß **die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung zum revolutionären Kampfe gegen die herrschende Klasse nicht unter der Führung der Sozialdemokratie hergestellt werden kann. Dieses Ziel ist nur zu erreichen unter der Führung der Kommunistischen Partei.**

Mit dem Hinweis auf die Parteidisziplin und die Einheit der Partei haben die linken sozialdemokratischen Führer die Unterwerfung unter die Parteivorstands-Politik vor ihren Anhängern zu rechtfertigen versucht. Die Folgen dieser Unterwerfung sind neue Illusionen innerhalb der Arbeiterschaft und eine weitere Stärkung der Bourgeoisie. Dieser Gefahr kann nur begegnet werden durch eine energische Gegenpropaganda der revolutionären Arbeiterschaft. Gerade die Kandidatur Marx gibt Gelegenheit, die Klassenfragen in den verschiedensten Formen vor der Arbeiterschaft aufzurollen. Marx ist in erster Linie Vertrauensmann der Schwerindustrie. Es leuchtet doch schließlich auch dem sozialdemokratischen Parteifunktionär ein, daß der Vertrauensmann der Herren Thyssen und Klöckner nicht gleichzeitig auch der Vertrauensmann der deutschen Arbeiterschaft sein kann. Außerordentlich bedeutsam sind jedoch auch die groben Gegensätze, die zwischen dem Zentrum und der Arbeiterschaft in den sogenannten kulturpolitischen Fragen bestehen. Diese Fragen sind nichts weniger als besondere Fragen, sie gehören vielmehr hinein in den engsten Rahmen des Klassenkampfes. Denn die Kirche, Religion, Schule sind ja nur Mittel, mit deren Hilfe die herrschende Klasse die Arbeiterschaft regiert. Es ist kein schlechter Witz, daß Herr Marx auch ein enger Vertrauter des Papstes in Rom ist. Die sozialdemokratischen Führer können nicht laut genug darüber schreien, daß die deutschen Kommunisten von Moskau aus geleitet werden. Die sozialdemokratischen Arbeiter sollten sich die Frage vorlegen, ob sie lieber durch den Verbündeten des Monarchismus und Faschismus, den Papst in Rom, oder von den Führern der ersten proletarischen Revolution der Welt in Moskau geleitet werden wollen.

Das Manöver der linken sozialdemokratischen Führer muß allen kommunistischen Arbeitern Veranlassung geben, unter der sozialdemokratischen Wählerschaft Aufklärung zu verbreiten über die Funktionen der Sozialdemokratie als einer bürgerlichen Arbeiterpartei. Nichts bietet eine so glänzende Gelegenheit, die Grundsätze der Kommunistischen Partei zu vertreten und neue Anhänger für dieselbe zu werben, wie der neuerliche Verrat der proletarischen Klasseninteressen durch die sozialdemokratischen Führer. Wir sind fest davon überzeugt, daß große Massen aus der Acht-Millionen-Wählerschar vom 29. März am 26. April den Weg zu ihrer Klasse zurückfinden und kommunistisch wählen werden. Es wird unsere Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß diese Erkenntnis nicht nur am 26. April zum Durchbruch kommt, sondern in allen Fragen des proletarischen Klassenkampfes.

Bericht und Debatte über Gewerkschaftseinheit

Sitzung der erweiterten Exekutive der Komintern.

Genosse Lozowski über die Gewerkschaftseinheit.

„Die Richtigkeit der Stellungnahme des 5. Kongresses in der Frage der Gewerkschaftseinheit ist durch Tatsachen bewiesen. Nicht nur der Weg, sondern auch das Moment der Kampagne hat sich als richtig erwiesen. Solche Tatsachen sind: das Ergebnis des Besuches der Delegierten der englischen Trade-Unions in Rußland, die Sitzung und die Resolution der Amsterdamer Exekutive, der Beschluß der Konferenz der Trade-Unions, eine Konferenz mit den Gewerkschaften der Sowjet-Union einzuberufen, um die Schwierigkeiten zu beseitigen, die Beziehungen der Berliner Sozialdemokraten zu der Bourgeoisie.

In der Amsterdamer Internationale sind zwei Oppositionen vorhanden:

ein fester revolutionärer Flügel, klar organisiert, mit klarer Ideologie und eine zweite unbestimmte Opposition ohne klare Ideologie, die jedoch die Unzufriedenheit der Massen widerspiegelt. Nach der Ruhrkatastrophe erklärten sogar die Amsterdamer die Notwendigkeiten neuer Methoden in der Arbeiterbewegung.

Die linke Opposition wird von den Gewerkschaftszentralen bekämpft. Die Resolution der Amsterdamer hat nirgendwo befriedigt. Deshalb wird eine neue Konferenz einberufen.

Die organisierte Sabotage der Einheitsbewegung muß gebrochen werden.

Die Sozialdemokraten protestieren gegen jeden Einheitsversuch und lehnen alle Vorschläge ab. In Jugoslawien antworten die Sozialdemokraten, daß zunächst die Einheit der politischen Parteien hergestellt werden müsse. In Frankreich fordern die Amsterdamer die Auflösung der roten Gewerkschaftszellen.

Die Einheit kann nur auf der Grundlage des Klassenkampfes hergestellt werden. Der Redner konstatiert fünf hauptsächliche Mängel, Abweichungen von der richtigen Linie in unserer Kampagne für die Gewerkschaftseinheit: Erstens einen organisatorischen Konservatismus; zweitens die Ansicht, daß der Einheitskampf nur ein Manöver ist; drittens die Ansicht einer bedingungslosen Einheit; viertens die Notwendigkeit einer Milderung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie; fünftens die Ansicht, daß wir in die reformistischen Gewerkschaften einfach eintreten. Die Einheitskampagne ist kein Manöver. Wir wollen die Einheit, da dies die Vorbedingungen des erfolgreichen Klassenkampfes ist. Der prinzipielle Kampf gegen die Sozialdemokratie bleibt trotz der Einheit bestehen.

Die Forderungen der Reformisten betreffs Auflösung der Profintern ist jetzt nicht annehmbar, da die Einheit noch nicht erreicht ist.

In allen Ländern sind verschiedene Bedingungen vorhanden.

In **England** ist eine einheitliche stark organisierte Minderheit vorhanden. Die Minderheit muß gestärkt werden, um die ganze Gewerkschaftsbewegung nach links zu rücken. Die Dezentralisation in den englischen Gewerkschaften ist der Bewegung sehr schädlich.

In **Deutschland** herrscht ein zu starker Zentralismus, die Lokalorganisationen besitzen nicht eine Bewegungsfreiheit, sind politisch gelähmt. Hier ist es unsere Aufgabe, den Dezentralismus politisch anzustreben.

In der **Tschechoslowakei** steht ein Fünftel der Arbeiter auf unserer Seite.

In den **Vereinigten Staaten** sind die reaktionärsten Gewerkschaften vorhanden, die offen für Coolidge eintreten.

Um die internationale Gewerkschaftseinheit zu erzielen, muß die Einheit in jedem Lande erkämpft werden. Der Kampf um die Einheit muß in den Betrieben die Aktivität der Arbeiter für die Einheit hervorrufen. Ein mächtiger Faktor für den Einheitskampf ist die **Zusammenarbeit der englischen und der Sowjetgewerkschaften.** Die Verbindungen begannen schon 1920, wurde auf dem Haller Kongreß und auf dem 6. Kongreß der russischen Gewerkschaften fortgesetzt.

Das Zusammenarbeiten der englischen mit den russischen Gewerkschaften ist durch die Linksentwicklung der englischen Arbeiterbewegung bedingt. Die Gewerkschaftsbewegung der kolonialen und halbkolonialen Länder wie China, Japan und Indien verdient besondere Aufmerksamkeit.

Die einige Internationale muß alle Arbeiter der Welt, nicht nur die Europas, umfassen. Die mit den Imperialisten verbundenen Reformisten werden gegen die Aufnahme der Gewerkschaften der Kolonien kämpfen. Der Kampf um die Einheit ist der Kampf um die Massen; ist der Kampf gegen die Bourgeoisie und die Reformisten, zwischen denen kein Gegensatz besteht.

Es naht eine neue Offensive des Kapitals bevor. Nachdem es der Sozialdemokratie und der Bourgeoisie gelungen ist, dem deutschen Proletariat den 10- und 12-Stunden-Tag aufzuzwingen, kommt die Reihe an Frankreich und England. Gegen die Kapitalsoffensive muß der Widerstand der Arbeiterklasse organisiert werden. Die Arbeiterschaft fühlt die Offensive und sucht die Einheit. **Wir müssen soviel wie möglich Einheitsorgane,**

Genossen!

Das Leninaufgebot ist die Verpflichtung zur Agitation und Propaganda.

Jedes Parteimitglied muß neue Mitglieder und Leser für unsere Zeitung werben.

Vorwärts im Sinne Lenins:

Einheitskomitees, gemischte Kommissionen schaffen, eine Koalition mit dem linken Amsterdamer Flügel im Einheitskampf bilden, und die anglo-russische Zusammenarbeit für die Einheit stärken.

Zwischen zwei Revolutionswellen ist der Kampf um die Mehrheit der Arbeiterschaft, ein Kampf für die Revolution.

Genosse Gallacher (England).

Der Drang der Arbeiterklasse Englands zur Einheit wird immer stärker. An der Spitze der Bewegung marschieren die Bergarbeiter. Die Konferenz der Ortskartelle nahm für die Einheit Stellung.

Der rechte Flügel der Gewerkschaftsführer ist für die Einheit mit dem Imperialismus.

Genosse Herus (Tschechoslowakei).

Die Arbeiter wollen die revolutionäre Taktik nicht aufgeben. Die Aufgabe ist, den Einfluß der KPTsch. auf die Gewerkschaften zu steigern. Die Frage der Gewerkschaftsfraktionen ist eine Schicksalsfrage der Bewegung.

Genosse Viola (Italien).

Die Gewerkschaftsbewegung in Italien erstarkt wieder. Der Klassenkampf verschärft sich von Tag zu Tag, was der Metallarbeiterstreik beweist. Die Aufgabe der Kommunisten ist, die Massen zu erobern, die Gewerkschaftseinheit wieder herzustellen, um die internationale Einheitsbewegung zu fordern.

Genosse Wilkowsky (Polen).

Die Einheitskampagne ist in Polen noch keine Massenbewegung, selbst die größten Gewerkschaften besitzen wenige Mitglieder. Die Politik der Reformisten und die Behandlung der Kommunisten durch die Reformisten zwingt die Massen, aus den Gewerkschaften auszutreten. Die Partei versucht die Massen in die Gewerkschaften zurückzuführen. Die Reformisten wollen keine Massengewerkschaften und spaltet die revolutionären Organisationen.

Genosse Sienard (Frankreich).

In Frankreich würde eine große Kampagne für die Einheit entfaltet. Die Reformisten sabotieren die Bewegung. Die Agitation für die Einheit muß in den Ländern eingesetzt werden, wo eine ökonomische Krise heranreift, wie in Frankreich, England, Tschechoslowakei und Mitteleuropa.

In Frankreich stehen große Massenbewegungen bevor, das muß ausgenutzt werden, die reformistischen Führer zu entlarven. In Frankreich haben die Massen den Sinn und die Bedeutung der Einheitskampagne, trotzdem die Reformisten sie als ein Manöver hinzustellen versuchen.

Genosse Geschke (Deutschland).

Die Sozialdemokratie kämpft mit allen Mitteln gegen die Einheitskampagne in den Gewerkschaften und Betrieben. Die SPD. bekämpft die Kommunisten schärfer als die Reaktion. Die aus den Gewerkschaften Ausgeschlossenen haben unter der Brandler-Zentrale selbständige Verbände gegründet, die unter Schuhmachers Führung die Einheitskampagne ablehnen. Die Klarheit der Partei in der Gewerkschaftsfrage hat die Partei doch gestärkt.

*

Die Sozialdemokraten für Mietssteigerung

In der Reichstagssitzung vom 4. April standen zunächst zur Beratung die **Notstandsmaßnahmen für die Beamten.** Der Haushaltausschuß hat beschlossen, den Wohnungsgeldzuschuß in Anbetracht der neuen Mietserhöhungen von 85 auf 95 Prozent zu erhöhen. Die SPD. beantragte, den Teuerungszuschuß für die Beamtengruppen 1 bis 6 **um 20 Prozent** zu erhöhen. Die Demokraten fordern, diese Erhöhung sinngemäß auch auf die entsprechenden Gruppen der Wartegeld- und Ruhegeldempfänger auszudehnen. Im **Haushaltausschuß** wurden diese Forderungen von den **Rechtsparteien** unter Hinweis auf den Dalles in der Reichskasse abgelehnt. **Das Zentrum, für dessen Präsidentschaftskandidaten jetzt die SPD. ihre Wähler zu stimmen auffordert, begründet seine ablehnende Haltung noch besonders damit, daß eine Erhöhung der Elendsgehälter der unteren Beamtengruppen nicht angängig sei, weil sonst dann auch die Löhne der Arbeiter und Angestellten in der Industrie erhöht werden müßten.**

Genosse Eichhorn

trat mit einer ausgezeichneten Rede für die unteren Beamten ein. **Die bescheidenen Forderungen machten für den einzelnen Beamten nur wenige Mark aus,** sie könnten daher gar nicht so sehr für eine Gefährdung der Reichsfinanzen ins Gewicht fallen, zumal, da man ja sonst nicht so bedenklich sei, wenn es gälte, den Schwerindustriellen ungeheure Millionengeschenke zu machen.

Die Ablehnung der Anträge im Haushaltausschuß **bedeute eine Mißhandlung der unteren Beamtenschaft.** Seit 1920 werden die unteren Beamtengruppen stets zugunsten der oberen Beamten benachteiligt. So ist es gekommen, daß sich seit jener Zeit **das Verhältnis der Besoldung der unteren Beamten zu den höheren um genau die Hälfte verschlechtert** hat. In der Denkschrift, die die Regierung über die Entwicklung der Besoldung der Reichsbeamten vorgelegt hat, wird behauptet, **daß die unteren Beamten keine Ursache zum Klagen hätten, weil sie heute besser dastünden, als 1913.** Dabei muß in der Denkschrift selbst zugegeben werden, daß die ledigen Beamten nominal nur 96 Prozent ihrer Gehälter von 1913 haben, und daß **das Realgehalt gar nur 79 Prozent von 1913 beträgt.** Nur durch ein Rechenkunststück mit dem Frauenzuschlag und 1/2 Kinderzuschlägen für Kinder von 6 bis 14 Jahren tanzliert die Regierung ein um eine Kleinigkeit höheres Nominalgehalt für die Verheirateten heraus. Dabei sind die Berechnungen der Regierung noch nicht einmal richtig. Durch eine Erhebung des Deutschen Beamtenbundes wurden **der Regierung eine ganze Reihe grober Fehler nachgewiesen.** Nicht **97 Prozent** des Gehalts von 1913 sind erreicht worden, sondern nur **83,3 Prozent.** Und das **Realgehalt** sinkt nach den **objektiven** Erhebungen sogar von 79 auf **63 Prozent** herunter.

Wir Kommunisten sind der Meinung, daß die Anträge der Sozialdemokraten noch viel zu niedrig sind. Wir haben im Ausschuß, der die allgemeine Besoldungsfrage regeln soll, einen Antrag dahingehend eingebracht, daß für die unteren drei Gehaltsgruppen 40 Prozent zugelegt werden, für die Gruppen vier bis sechs 30 Prozent. Angesichts des Notantrages der SPD. haben wir darauf verzichtet, unseren Antrag bei **dieser** Angelegenheit **erneut** einzubringen, aber wir werden ihn bei der **allgemeinen** Regelung der Besoldung mit aller Energie vertreten.

Die Anträge auf **Erhöhung** des Teuerungszuschlages werden **abgelehnt** und der Gesetzentwurf in zweiter und dritter Lesung entsprechend den Ausschußbeschlüssen **angenommen.**

Auf der Tagesordnung folgt dann die Weiterberatung der Anträge über

Wohnungswesen und Mieterschutz.

Genosse Eichhorn legte auch zu diesen Fragen den Standpunkt der Kommunisten dar. Er begründete den Antrag der kommunistischen Fraktion,

„die Regierung zu ersuchen, Anweisungen an die Landesregierungen ergehen zu lassen, daß die am 1. April 1925 angeordneten Erhöhungen der Wohnungsmiete sofort rückgängig zu machen sind."

Die Wohnungsnot brauche nicht mehr statistisch bewiesen zu werden. Auch die Wohnungsfrage ist eine Geldfrage. Die Wohnungsnot ist die Not der arbeitenden Klassen. Wir protestieren aufs schärfste dagegen, daß der Wohnungsbau allein dem Privatkapital überlassen wird. Es war schon unerhört, daß im Frieden schon ein Fünftel bis ein Drittel des Einkommens der Arbeiter und Beamten aufgewendet werden mußte, um wohnen zu können. Sollte heute die Wohnungsfrage in privatkapitalistischem Sinne gelöst werden, dann müßten 100 Prozent aufgewendet werden. Deshalb muß das Reich durch Verhinderung des Wuchers mit den Baumaterialien für Verbilligung des Wohnungsbaues dienen. Wir wenden uns ganz entschieden **gegen die Richtlinien des Reichswirtschaftsrats,** nach denen alle Neubauten von jeder Wohnungszwangswirtschaft befreit sein sollen. **Wir lehnen grundsätzlich auch die Mietzinssteuer ab,** denn sie ist kulturfeindlich und ungerecht, sie trifft am härtesten die kinderreichen Familien. Die Mittel zum Wohnungsbau müssen auf andere Weise, durch die Besitzenden aufgebracht werden. **Solange die Hauszinssteuer aber besteht, muß sie restlos für den Wohnungsbau verwandt werden.** Die Wohnungsmieten sind ab 1. April um 10 Prozent erhöht worden und wenn es in diesem Tempo fortgeht, sind wir **schon im Juni auf 100 Prozent Friedensmiete** angelangt.

Der Antrag des Ausschusses, der die Vorlegung von Material über die Entwicklung des Wohnungsmarktes und die Vorlegung von Novellen im Reichsmietengesetz zum Mieterschutzgesetz und zum Wohnungsmangelgesetz fordert, wird **angenommen.** Der **kommunistische** Antrag auf sofortige Rückgängigmachung der zum 1. April 1925 angeordneten Erhöhungen der Wohnungsmiete wurde gegen die **kommunistischen** Stimmen **abgelehnt. Auch die Sozialdemokraten stimmten gegen den kommunistischen Antrag.**

Ein Sieg Sowjetrußlands über Polen

Moskau (Rosta). Der Aufforderung der Sowjetregierung Folge leistend, wurde der polnische Konsul in Minsk, Karczewski, abberufen. Karczewski verließ das Gebiet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Erster Sabotageakt gegen die „Arbeiterstimme"

Arbeiter und Arbeiterinnen! Leser der „Arbeiterstimme"! Seit Herausgabe unserer Zeitung waren Geschäftsleitung und Redaktion bemüht, die Tagespresse der Kommunistischen Partei Ostsachsens den Abonnenten pünktlich und frühzeitig genug zuzustellen. Das war uns bisher trotz aller Anstrengungen nicht möglich. Das Verhalten eines Teiles des Personals im Maschinensaal ließ darauf schließen, daß man bewußt und planmäßig die ordnungsmäßige Herausgabe unserer Zeitung verzögerte. Wir stehen nicht an, von vornherein zu erklären, daß nach der Neueinrichtung eine Anzahl technischer Schwierigkeiten noch vorlagen. Jedoch sind diese nicht so groß, daß sie unbedingt zu einer Verzögerung der Herausgabe hätten führen müssen. Das Druckereiunternehmen ist verpflichtet, neben der Parteizeitung auch andere Drucksachen herzustellen. Bei dem Verhalten des Personals in der Stereotypie wurde jede Arbeit unmöglich. Die Geschäftsleitung hat deswegen am gestrigen Tage durch den technischen Leiter die Herstellung von Platten zum Druck für Flugblätter ausführen lassen. Die Herstellung der Platten durch den technischen Leiter des Betriebs zeigte, daß sehr wohl ein schnelleres Arbeiten möglich ist. Der Stereotypeur nahm das heute zum Anlaß, den Betrieb zu verlassen, und der Gauvorstand des Verbandes der Buchdrucker zog auch den Rotationsmaschinenmeister noch aus der Druckerei zurück. Wir werden morgen auf die Einzelheiten zurückkommen, erklären aber jetzt schon, daß es sich um eine bewußt geführte Sabotage der Sozialdemokraten gegen unsere Zeitung handelt. Wir werden trotz der Sabotageaktion erscheinen, wenn auch einige Tage mit Schwierigkeiten. Unsere Leser werden umso fester zu unserer Zeitung halten.

Verlag und Redaktion „Arbeiterstimme".

SLUB
Wir führen Wissen.